

## „Mehr Personal in Krippen einsetzen“

**SOZIALES** SPD-Unterbezirksvorsitzender Axel Brammer fordert Umdenken

HUDE/SKA – Die Besetzung von 15-köpfigen Krippengruppen mit nur zwei Fachkräften, hält Axel Brammer, SPD-Unterbezirksvorsitzender Oldenburg-Land für unverantwortlich. In einem Brief an den Huder Bürgermeister Axel Janz fordert Brammer, drei pädagogische Kräfte in einer Krippen-Gruppe einzusetzen. Darüber hinaus sollte die Größe einer Krippen-Gruppe

zwölf Kinder nicht oder nur in besonderen Ausnahmefällen übersteigen. Auch die Größe einer Kindergartengruppe sollte nur ausnahmsweise noch über 20 Kinder liegen dürfen.

Brammer begründete seinen Vorstoß damit, dass zwei pädagogische Kräfte mit der Betreuung von 15 Kindern im Alter bis drei Jahre überfordert seien. Das sei ähnlich

wie bei einer Familie mit sieben Kindern bis drei Jahre, bei einem berufstätigen Elternteil – diese Aufgabe sei, so Brammer, nicht zu leisten.

Für die Umsetzung seiner Forderungen schlägt der SPD-Politiker vor, die Tagesstätten zum Beispiel durch die Einrichtung einer Familienberatung auf Kreisebene zu entlasten. Diese könnte die Teilaufgaben der Einrichtun-

gen, die mit rein pädagogischer Arbeit nichts zu tun haben, übernehmen.

Zur weiteren Finanzierung schlägt Brammer vor, die Rücklagen aus Sachkostenausschüssen für integrative Gruppen genau zu prüfen. Hier seien unter Umständen überproportional viele Gelder gebunden, die besser an anderer Stelle eingesetzt werden könnten.

## „Kita-Gesetz überarbeiten“

**DEBATTE** SPD-Kandidat Axel Brammer fordert Reform

HUDE/TOM – Der SPD-Landtagskandidat Axel Brammer stellte gegenüber dieser Zeitung klar, dass er bei der Finanzierung von Fachkräften in Krippen die gleichen Ziele verfolge, wie Hudes Bürgermeister Axel Janz. Um Missverständnissen vorzubeugen wies er darauf hin, dass er kein Interesse daran habe, die Finanzierung der integrativen Gruppen zugunsten der

Finanzierung einer dritten Fachkraft in Krippen auf den Prüfstand zu stellen, sondern das Entscheidende sei: „Das

### BEHO

ganze Kindertagesstättengesetz muss überarbeitet werden“, sagte Brammer der *NWZ*.

Bisher obliegt die Finanzierung den Gemeinden. Nach

Meinung Brammers müsse in diesem Fall allerdings die Landesregierung in die Verantwortung genommen werden: „Es kann nicht sein, dass Kommunen und Eltern auf Kosten sitzen bleiben, die auf Gesetze der Landesregierung zurück zu führen sind.“ Wenn eine dritte Kraft eingesetzt werde, „muss das Land mit ins Boot geholt werden“, so Brammer.